

**EINLADUNG ZUR
DELEGIERTENVERSAMMLUNG
SAMSTAG, 29. Juni 2013**

Fribourg

La Grenette

Beginn: 10.30 Uhr

*Wichtig: Die Delegierten erhalten mit diesem Heft eine Delegiertenkarte.
Diese muss zu Beginn der Delegiertenversammlung am Eingang des
Tagungsortes gegen eine Stimmkarte ausgetauscht werden. Wir erinnern
die Delegierten daran, dass verlorene oder vergessene Delegiertenkarten
grundsätzlich nicht ersetzt werden können.*

Für Anträge bitte Adresse oder E-Mail auf Seite 6 verwenden

TERMINÜBERSICHT 2013

Samstag, 7. September 2013

Jubiläumsfest 125 Jahre SP Schweiz, Bern

Samstag, 26. Oktober 2013 (Ort noch offen)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Die SP hat sich nie darauf beschränkt, Fehlentwicklungen in der Gesellschaft wie die wachsende Ungleichheit und ihre Folgen anzuprangern. Wir haben immer auch nach Lösungen gesucht. Die Erfolge unserer 125-jährigen Parteigeschichte, welche wir am 7. September an einem grossen Jubiläumsfest in Bern feiern, bestätigen, dass eine gerechtere Zukunft möglich ist und sich der Kampf dafür lohnt. Exemplarisch für diesen Kampf sind die Einführung der AHV, des Frauenstimmrechts, der Mutterschaftsversicherung oder von Gesamtarbeitsverträgen. Eine gerechtere Einkommensverteilung, eine gerechtere Vermögensverteilung, kurz: eine gerechtere Gesellschaft, welche den Menschen und die Gemeinschaft ins Zentrum stellt, kommt nicht von alleine. Es braucht Ausdauer, Überzeugung, Mut – und die richtigen Antworten. Antworten wie beispielsweise die 1:12-Initiative, über die am 24. November abgestimmt wird.

Über richtige Antworten und sinnvolle Projekte zu aktuellen Fragen wollen wir auch an unserer Delegiertenversammlung in Fribourg diskutieren. Im Zentrum steht die Resolution «Programm für mehr soziale Gerechtigkeit». Die Resolution, die eine Übersicht über unsere konkreten Projekte enthält, setzt einen Gegenentwurf zum neoliberalen Projekt der «freien Märkte» und der Umverteilung von unten nach oben, das weltweit riesige gesellschaftliche und ökologische Flurschäden hinterlassen hat.

Wir wollen aber nicht nur zurückblicken und analysieren. Wir wollen auch einen Schritt weitergehen. Dafür stellen wir den Delegierten eine Reihe von möglichen Initiativprojekten aus den verschiedensten Bereichen vor. Diese erste Debatte soll die Initiativprojekte auf ihre Tauglichkeit hin prüfen, und sie eröffnet gleichzeitig den Start der Vernehmlassung.

Neben der Diskussion unserer aktuellen und zukünftigen Projekte freuen wir uns auch auf die Reden; zum einen von unserer Bundesrätin Simonetta Sommaruga, zum anderen von Ulrich Thielemann. Der Wirtschaftsethiker hat mit seinen kapitalismuskritischen Aussagen zu den Auswüchsen von zu viel Wettbewerb und Gewinnmaximierung, zum Bankgeheimnis oder zuletzt auch zur dringend notwendigen Erbschaftssteuer, manche Debatten in der Schweiz und in Deutschland bereichert.

Zeigen wir gemeinsam, dass eine gerechtere Schweiz nicht nur nötig, sondern auch möglich ist!

Mit herzlichem Gruss

Flavia und Leyla

Co-Generalsekretärinnen SP Schweiz

PROVISORISCHE TRAKTANDENLISTE DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM SAMSTAG, 29. JUNI 2013, IN FRIBOURG

Dauer: 10.30 Uhr–16.00 Uhr

- 10.30 1. Eröffnungsgeschäfte**
Grussworte
- 10.45 2. Mitteilungen**
- 10.50 3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz,
Ständerat FR**
- 11.10 4. Rede Bundesrätin Simonetta Sommaruga**
- 11.30 5. Statutarische Geschäfte**
- Verabschiedung Jahresrechnung 2012
 - Wahl der Revisionsstelle
 - Genehmigung neues Reglement SP Frauen
- 12.00 6. Gastrede Ulrich Thielemann**
- 12.20 7. Präsentation und Verabschiedung Resolution «Programm
für mehr soziale Gerechtigkeit» der Geschäftsleitung**
- 12.40 8. Initiative 1:12 «Gemeinsam für gerechte Löhne»**
- Beitrag JUSO
 - Parolenfassung
- 13.00 9. Vorstellung Initiativprojekte und Start Vernehmlassung**
- 14.00 10. Resolutionen und weitere Anträge**
- 15.00 11. Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 22.
September 2013**
- Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»
 - Tankstellenshop-Referendum «Nein zum 24-Stunden-
Arbeitstag»
- 16.00 12. Schluss/Apéro**

WICHTIGE HINWEISE

DV-Unterlagen

1. DV-Heft mit Traktandenliste
2. Delegiertenkarte

Protokoll

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 2. März 2013 in Solothurn wird zusammen mit der Tischvorlage am **Dienstag, 25. Juni 2013, ab 17.00 Uhr im Internet** veröffentlicht und kann unter www.spschweiz.ch/dv eingesehen und heruntergeladen werden.

Anträge und Resolutionen

Alle Anträge und Resolutionen müssen bis **Sonntag, 9. Juni 2013, 18.00 Uhr** beim Zentralsekretariat der SP Schweiz sein. Diese werden vom Zentralsekretariat übersetzt und an der Delegiertenversammlung als Tischvorlage aufgelegt.

Wo müssen Anträge und Resolutionen hingeschickt werden?

SP Schweiz, Delegiertenversammlung, Spitalgasse 34, Postfach, 3001 Bern

Fax: 031 329 69 70, E-Mail: dv@spschweiz.ch

Telefonische Auskunft zur DV, Andrea Bauer: 031 329 69 65

Empfehlungen der Geschäftsleitung, Tischvorlage

Die Tischvorlage mit den Stellungnahmen der GL zu eingegangenen Anträgen und Resolutionen wird am **Dienstag, 25. Juni 2013, ab 17 Uhr im Internet** veröffentlicht (www.spschweiz.ch/dv) und am Samstag, 29. Juni 2013 den Delegierten verteilt.

Delegiertenkarten

Alle uns gemeldeten stimmberechtigten Delegierten erhalten mit diesen Unterlagen ihre Delegiertenkarte. Diese muss an der DV am Empfangsschalter gegen eine Stimmkarte eingetauscht werden. Wir machen darauf aufmerksam, dass verlorene bzw. zu Hause liegen gelassene Delegiertenkarten an der Delegiertenversammlung nur in äussersten Notfällen ersetzt werden können.

Wortmeldungen und Anträge

Die Wortmeldezettel liegen an der DV beim Podium bereit. Sie müssen gut leserlich und komplett ausgefüllt bei der Tagungssekretärin bzw. beim Tagungssekretär vorne beim Podium eingereicht werden. Anträge sind ebenfalls schriftlich mit dem Wortmeldezettel zu stellen.

Simultanübersetzung

Die Verhandlungen werden simultan Französisch/Deutsch und Deutsch/Französisch übersetzt. Aus Kostengründen bitten wir, dass nur jene

Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kopfhörer beziehen, die auf die Simultanübersetzung angewiesen sind. Die Kopfhörer müssen unbedingt nach der DV wieder beim Ausgang zurückgegeben werden.

Verpflegung während der Delegiertenversammlung

Während der ganzen Tagung ist ein Getränke- und Snackbuffet eingerichtet.

Zugsverbindungen

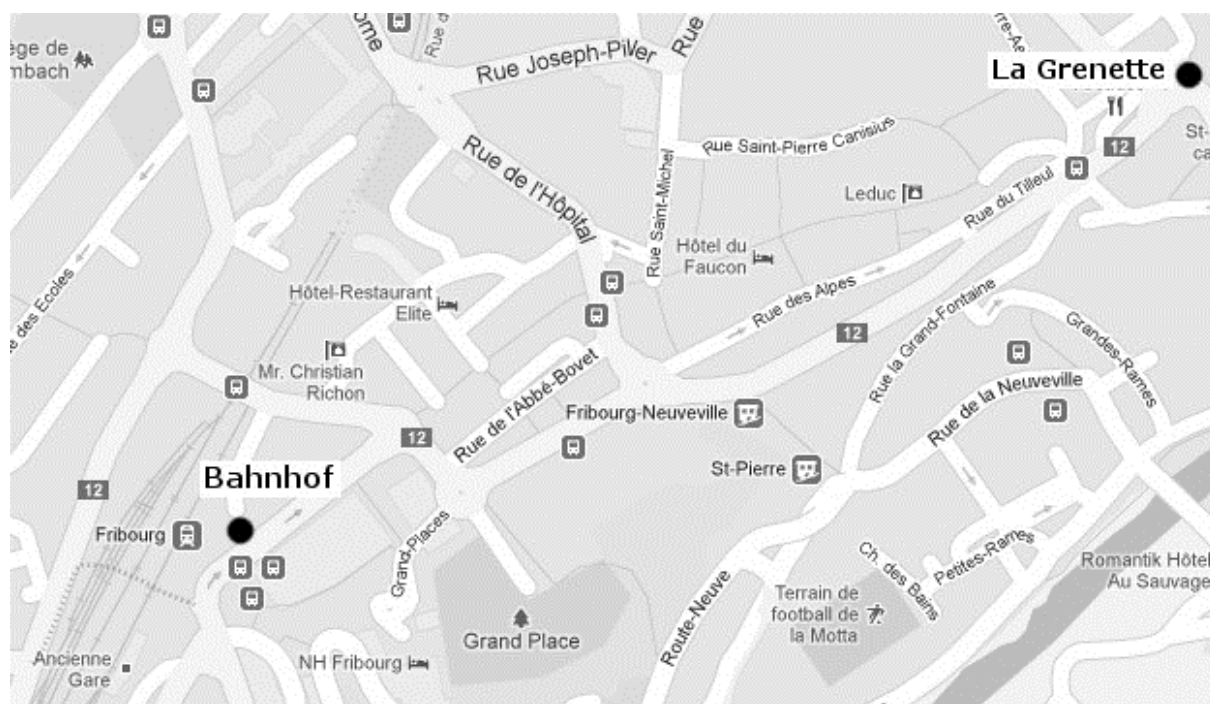
Die Zugverbindungen mit den wichtigsten Schnell- und Intercityzügen nach Fribourg sind ersichtlich aus den Fahrplaninformationen unter www.sbb.ch/fahrplan und beim Rail Service 0900 300 300 (CHF 1.19/Min).

Tagungsort

Das «La Grenette» befindet sich an der **Place de Notre-Dame 4, 1700 Fribourg**.

Situationsplan und Anreise

Den Veranstaltungsort erreicht man vom Bahnhof Fribourg **mit einem Spaziergang durch die Altstadt in 15 Minuten**. Die **Buslinien 1 (Richtung Portes de Fribourg), 2 (Richtung Schoenberg) und 6 (Richtung Musy)** fahren alle paar Minuten und halten an der **Haltestelle Tilleul**, gleich am Place de Notre-Dame.



Traktandum 5: Statutarische Geschäfte

Bilanz 2012

Aktiven	31.12.2012	31.12.2011
Kasse	886	3'124
Post	1'063'354	1'341'431
Bank	327'987	190'191
Bank (SAF) SP Frauen	29'835	47'293
Debitoren Kantonalparteien	26'024	1'102
Übrige kurzfristige Forderungen	252'098	163'618
./.. Delkredere	-3'200	-3'200
Transitorische Aktiven	90'141	83'115
Vorräte	83'000	33'000
Wertschriften	6'350	6'239
Sachanlagen	49'000	55'000
Total Aktiven	1'925'473	1'920'913
Passiven		
Kreditoren	264'502	282'812
Verrechnungen Kantonalparteien	36'109	13'215
Transitorische Passiven	243'566	185'695
SAF-Fonds	29'829	47'286
Rückstellungen Wahlen	130'000	0
Rückstellungen Kampagnen	130'000	130'000
Rückstellungen Investitionen Fremdadressen	99'026	170'293
Rückstellungen Neue Fundraisingprojekte	105'245	208'757
Rückstellungen Allgemein	232'116	232'116
Eigenkapital	655'081	650'738
Total Passiven	1'925'473	1'920'913
Gewinnverwendung		
Eigenkapital am 1.1.	650'738	647'238
Ergebnis	4'343	3'500
Eigenkapital am 31.12.	655'081	650'738

Erfolgsrechnung 2012

	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Total Ertrag	5'638'273	4'604'000	4'184'442
Beiträge	1'976'400	1'962'000	1'944'433 ¹⁾
Mitgliederbeiträge	1'702'857	1'692'000	1'687'961
Solidaritätsbeiträge	273'543	270'000	256'472
Finanzbeschaffung	2'102'833	1'727'000	1'435'141 ²⁾
Mitgliederspenden	407'298	400'000	404'299
Freie Spenden	1'695'535	1'327'000	1'030'843
Verkaufserlös	166'319	131'000	150'541 ³⁾
Übriger Ertrag	631'640	458'200	390'290 ⁴⁾
Auflösung Rückstellungen	761'081	325'800	264'036 ⁵⁾
Total Aufwand	5'634'773	4'598'585	4'180'099
Produktionsaufwand	240'335	307'000	284'697 ⁶⁾
Produktion Medien	178'852	225'000	226'023
Produktion Mailing (u.a. SP Frauen)	58'194	32'000	43'501
Produktion Neue Fundraisingprojekte	3'289	50'000	15'172
Warenaufwand	23'101	0	-0
Personalaufwand	2'795'891	2'387'226	2'292'921 ⁷⁾
Übriger Personalaufwand	114'167	133'760	132'821 ⁸⁾
Raumaufwand	245'388	256'500	231'201 ⁹⁾
Unterhalt, Rep., Leasing	73'040	61'100	77'904 ¹⁰⁾
Sachversicherungen, Abgaben	4'878	4'500	4'300

	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Verwaltungsaufwand	317'322	435'500	325'720 ¹¹⁾
Informatikaufwand	100'532	84'500	77'327 ¹²⁾
Werbeaufwand	921'194	148'000	2'962 ¹³⁾
Übriger Parteiaufwand	344'124	453'700	488'692 ¹⁴⁾
Bildung Rückstellungen	412'545	184'000	219'257 ¹⁵⁾
Abschreibungen	60'973	144'800	50'291 ¹⁶⁾
Erfolg aus Finanzanlagen	4'191	2'000	2'213
Ausserordentlicher Erfolg	14'526	-	5'780 ¹⁷⁾
Ergebnis	3'500	5'415	4'343

Kostenstellen 2012

Rechnung 2011 Budget 2012 Rechnung 2012

	Partei	908'695	918'571	1'102'074 ¹⁸⁾
A100	Beiträge	1'960'159	1'946'000	1'928'468
A101	Spenden	423'515	400'000	424'440
A102	Sachaufwand Partei	-57'911	-96'000	-74'371
A103	Personal- u. Anteil GK	-1'112'083	-1'074'534	-786'940
A104	Parteitag	-44'688	-55'000	-99'273
A105	DV	-92'496	-50'000	-70'605
A106	Politische Einzelaktionen	-47'223	-15'000	-19'560
A107	Reformprojekte	-	-30'000	-
A108	Parteiprogramm	-13'267	-	-13'821
A109	Kunstaussstellungen	192	-	-
A110	Spesen GL/Präsidium	-4'097	-5'000	-7'571
A111	Spesen Kommissionen	-7'434	-10'200	-6'046
A112	Entschädigung Präsidium	-71'821	-71'535	-71'539
A113	Entschädigung Vizepräsidium	-24'150	-20'160	-20'160
A114	Migrationspapier	-	-	-80'044
A115	Jubiläum 125 Jahre SP Schweiz	-	-	-903
	Bildung	-76'774	-107'556	-83'137 ¹⁹⁾
B100	Personal- u. Anteil GK	-34'996	-35'556	-33'620
B101	KoKo	-18'426	-15'000	-21'758
B102	Seki-Treffen	-	-	-
B103	Bildungsanlässe	-	-40'000	-16'643
B104	Projekt Nr. 1 - Junge Perspektiven	-8'906	-17'000	-11'115
B105	Projekt Nr. 2 - Wahlen	-14'447	-	-
	60+	-	-20'000	-10'433 ²⁰⁾
G101	Sachaufwand Generationen	-	-20'000	-10'433
	Juso	-154'029	-145'579	-178'529 ²¹⁾
J100	Personal- u. Anteil GK	-154'029	-145'579	-178'529

Rechnung 2011 Budget 2012 Rechnung 2012

SP Frauen		-145'279	-148'526	-143'122	22)
M100	Personal- u. Anteil GK	-90'878	-83'381	-97'353	
M101	Mailing SP Frauen	16'015	-5'000	2'880	
M102	Sachaufwand SP Frauen	-1'368	-6'400	-7'549	
M103	Spesen Frauen Präsidium	-15'241	-15'246	-16'149	
M104	Frauenkonferenz	-	-10'000	-9'073	
M105	Frauenkoordination	-18'506	-10'000	-11'900	
M106	Kampagnen	-33'692	-16'500	-3'738	
M107	Delegationen/wiss. Arbeiten	-1'609	-2'000	-240	
Publikationen		-363'237	-383'120	-309'711	23)
P100	links	-191'141	-214'649	-156'898	
P101	socialistes.ch	-142'545	-138'471	-124'185	
P107	PS Svizzera	-29'552	-30'000	-28'627	
Kampagnen und Kommunikation		-1'015'092	-1'100'075	-1'102'669	24)
K100	Personal- u. Anteil GK	-439'385	-477'075	-542'387	
K102	Kampagnen	-227'689	-295'000	-329'346	
K160ff	Initiativen	-114'863	-113'000	-94'980	
K150ff	Referenden	-	-215'000	-	
K110	Ergebnis Wahlen 2011/2015	-233'155	-	-135'955	
Fundraising		849'103	991'701	729'828	25)
F100	Personal- u. Anteil GK	-208'985	-207'958	-207'064	
F102	Ertrag aus Sammelaktionen	1'175'632	1'314'000	1'026'457	
F103	Neue Fundraisingprojekte	-117'544	-114'342	-89'564	
Ergebnis Shop		113	-	40	26)
Ergebnis		3'500	5'415	4'343	

Anhang zur Jahresrechnung

Entschädigung an die leitenden Organe

Den Mitgliedern der Geschäftsleitung werden die effektiven Spesen ausbezahlt. Der Parteipräsident erhält ein Jahressalär von 50 000 Franken und eine Spesenpauschale von 10 200 Franken. Vier Vizepräsidien werden mit einer Entschädigung von insgesamt rund 20 000 Franken pro Jahr abgegolten. Der JUSO-Präsident, der ebenfalls als Vizepräsident der SP amtiert, erhält rund 24 000 Franken pro Jahr netto (2000 Franken netto pro Monat). Bei den SP Frauen werden die Präsidentin, die Vizepräsidentin sowie die Repräsentantin aus dem noch nicht vertretenen Landesteil mit insgesamt 15 000 Franken entschädigt.

Nahestehende Organisationen

Folgende Organisationen und Institutionen sind der SP Schweiz nahestehend:

1. Solidar Suisse, Zürich (vormals Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH)
2. Solifonds Schweiz
3. Sozialistische Internationale SI, London
4. European Socialists, PES

Die SP Schweiz leistet an die genannten Organisationen Mitgliedschaftsbeiträge zwecks Erfüllung von Zielen, die dem statutarischen Zweck der SP Schweiz entsprechen. Transaktionen, welche nicht in Zusammenhang mit den Mitgliedschaftsbeiträgen oder bezogenen Leistungen stehen, wurden nicht getätigt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Wertschriften:	Kurswert
Forderungen:	Nominalwert
Vorräte:	Einstandswert
Mobiliar, Maschinen und Einrichtungen:	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen aufgrund der Nutzungsdauer (2-4 Jahre)
EDV:	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen aufgrund der Nutzungsdauer (2 Jahre)

Bilanz

Geldflussrechnung & Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel haben gegenüber dem Vorjahr um rund 160 000 Franken, die erweiterten flüssigen Mittel, die zusätzlich kurzfristig realisierbare Kontokorrentguthaben beinhalten, um rund 59 000 Franken abgenommen. Das Nettoumlaufvermögen nahm um rund 46 000 Franken ab.

in TCHF	2012	2011	
Reingewinn	4.3	3.5	
Abschreibungen	50.3	61.0	
Bildung Rückstellungen	130.0	412.5	
Bildung Rückstellungen Fundraising	89.3	40.6	
Auflösung Rückstellungen	-264.0	-761.1	
Veränderungen (nicht-liquiditätsw.) Umlaufvermögen/kfr. Fremdkapital	-108.1	10.7	
Cashflow	-98.3	-232.8	
Investitionsbereich			
Investition in Sachanlagen	-44.3	-58.5	
Finanzierungsbereich			
Abnahme Fonds (SAF)	-17.5	-16.8	
Veränderung Fonds Flüssige Mittel	-160.0	-308.1	
in TCHF	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Kasse	0.9	3.1	- 2.2
Post	1'063.4	1'341.4	- 278.1
Bank	357.8	237.5	+ 120.3
Flüssige Mittel	1'422.1	1'582.0	- 160.0
Kontokorrentguthaben	227.6	126.4	+ 101.2
Erweiterte Flüssige Mittel	1'649.6	1'708.4	- 58.8
Übriges Umlaufvermögen	220.5	151.3	+ 69.2
./. Kurzfristige Verbindlichkeiten	544.2	481.7	+ 62.4
Nettoumlaufvermögen	1'325.9	1'377.9	- 52.0

Debitoren Kantonalparteien

Gegenüber den Kantonalparteien besteht per Ende 2012 eine grössere Forderung für ausstehende Mitgliederbeiträge. Diese wurde im Januar 2013 beglichen.

in CHF	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Debitoren Kantonalparteien	26.0	1.1	24.9
Verrechnungen Kantonalparteien	36.1	13.2	22.9
Nettoforderung gegenüber Kantonalpa	-10.1	-12.1	2.0

Rückstellungen

Die gesamten Rückstellungen inklusive Delkredere betragen per 31.12.2012 rund 700 000 Franken. Für die Wahlen 2015 wurden Rückstellungen von 130 000 Franken gebildet. Die Rückstellung für Investitionen in Fremdadressen für die Fundraisingtätigkeit betragen Ende 2012 rund 99 000 Franken, jene für neue Fundraisingprojekte rund 105 000 Franken (E-Fundraising und Legatswesen).

SAF (Schweizerisches Arbeiterferienwerk)

Die Mittelverwendung des Legats SAF ist in einem separaten Organisationsreglement der SP Frauen geregelt. Über die Mittelverwendung beschliesst der Legats-Ausschuss, der von Tiziana Mona-Magni präsidiert wird.

Im 2012 wurden Beiträge an die nachfolgenden Projekte gesprochen:

- SOS Ticino – Folgeprojekt Do.Mi.S.S 6 000 Franken
- WIDE Switzerland – Kurs « Feministische Kritik an der politischen Ökonomie» 2 000 Franken
- Vermot Gaby – Buchprojekt «Srebrenica» 3 000 Franken
- SP Frauenkerngruppe BS – Spezialflyer «Heldinnen des Alltags» 1 500 Franken
- E-CHANGER Coopération solidaire Nord Sud – Projekt in Zusammenarbeit mit MMF Burkina Faso, Coaching Kandidatinnen für Wahlen 5 000 Franken

Erfolgsrechnung

Die Rechnung 2012 schliesst ausgeglichen. Aufgrund der personellen Wechsel im Generalsekretariat und in der Abteilungsleitung Kampagnen und Kommunikation per Ende Jahr, wurden einige der geplanten Reformprojekte, für welche im Budget 2012 Mittel eingesetzt waren, nicht wie geplant in Angriff genommen oder umgesetzt. Dies führte zu Minderaufwendungen. Trotz Mindereinnahmen im Fundraising konnte per Ende 2012 eine Rückstellung zugunsten der Wahlen 2015 gebildet werden.

Ertrag

1. Beiträge

Die Mitgliederbeiträge sind gleich hoch wie budgetiert. Die Solidaritätsbeiträge beliefen sich 2012 auf rund 256 000 Franken und sind damit gegenüber Budget und Vorjahr etwas tiefer. Dies vor allem aufgrund tieferer Beiträge von Mandatsträgern und weniger Mandatsträgern.

2. Finanzbeschaffung

Die Zahl der GönnerInnen, welche politische Kampagnen der SP Schweiz unterstützen, ist 2012 erneut um rund 8 000 von 99 000 auf 91 000 gesunken. Der Rückgang in diesem Jahr ergibt sich insbesondere durch Abmeldungen und Todesfälle. Durch die verstärkte Sammlung von neuen Adressen politisch interessierter SympathisantInnen wird versucht, den Rückgang der Spenderadressen zu kompensieren.

Die Gruppe 2015 umfasst die regelmässigen SpenderInnen der SP Schweiz. Die Grösse der Gruppe (rund 2 200 Personen) und die Spendenhöhe konnte 2012 auf gleich hohem Niveau wie in den Vorjahren gehalten werden. In Zukunft wird die Betreuung der SpenderInnen aus der Gruppe 2015 bedürfnisgerechter gestaltet werden.

Die Finanzbeschaffung wird wie budgetiert netto ausgewiesen. Das Ergebnis der freien Spenden setzt sich wie folgt zusammen:

in TCHF	2012	2011
Bruttoertrag freie Spenden	2'628.7	3'882.6
Produktion Fundraising inkl. Investitionen	-1'673.5	-2'237.0
Nettoertrag freie Spenden	955.2	1'645.6

Der Nettoertrag liegt damit rund 360 000 Franken unter dem Budget und rund 690 000 Franken unter dem Vorjahr (-370 000 Franken gegenüber

2010). Die Differenz kann insbesondere durch das Nachwahljahr erklärt werden.

3. Verkaufserlös

In dieser Position sind Verrechnungen der Abstimmungszeitungen an die Sektionen und Kantonalparteien, der Verkauf von Inseraten/Beilagen im links und socialistes.ch sowie der Erlös aus Splittings im links enthalten. Zudem werden hier erbrachte Dienstleistungen wie die Erstellung und der Betrieb von Websites für Kantonalparteien, Sektionen und Einzelpersonen ausgewiesen. Die Abstimmungszeitungen werden seit 2010 bis 2000 Exemplare gratis an die Sektionen und Kantonalparteien abgegeben. 2012 wurden zwei Abstimmungszeitungen produziert. Der Erlös lag über dem Budget, da dort mit tieferen Auflagen gerechnet worden war. Der Verkauf von Inseraten/Beilagen/Splittings der Zeitungen erreichte mit rund 105 000 Franken den budgetierten Betrag.

4. Übriger Ertrag

Unter Tagungsgebühren sind die Beiträge der Teilnehmer der Bildungsveranstaltung «Junge Perspektiven» verbucht. Zudem war unter dieser Position der Beitrag der Teilnehmer am Parteitags-Bankett budgetiert. Da diese Kosten durch Dritte übernommen wurden, entfiel der Beitrag.

Die Position beinhaltet ferner Unterstützungsbeiträge von Austragungskantonen an Apéros anlässlich der Delegiertenversammlungen und des Parteitags. Diese fielen 2012 einerseits tiefer aus bzw. die Kosten für die Apéros wurden direkt übernommen, weshalb in diesen Fällen kein Beitrag geleistet wurde.

Die Abgeltung durch die Fraktion erfolgte nach dem bereits für das Budget angewandten transparenten Berechnungsschema. Die effektive Höhe der Abgeltung liegt mit rund 386 000 Franken rund 50 000 Franken unter dem im Budget vorgesehenen Betrag, da die Kosten «Zentrale Dienste» tiefer ausgefallen sind als budgetiert.

5. Auflösung Rückstellungen

Für neue Fundraising-Projekte wurde 2012 weniger aufgewendet als budgetiert, da der Legateratgeber erst 2013 realisiert wird. Die Auflösung der Rückstellungen fiel deshalb um 193 000 Franken tiefer aus als im Budget vorgesehen. Für die Deckung des Defizits aus der Investition in Fremdad-

ressen im Fundraising wurden 2012 rund 71 000 Franken Rückstellungen aufgelöst.

Aufwand

6. Produktionsaufwand

Die Produktionskosten «Medien» beinhalten die Druckkosten und Aufwendungen für Bildrechte für das links, socialistes.ch, ps.ch sowie Abstimmungszeitungen. Die Aufwendungen für die regelmässig erscheinenden Publikationen lagen 2012 leicht unter Budget. Die Produktionskosten für die zwei Abstimmungszeitungen waren höher als budgetiert. Die beiden Abweichungen haben sich kompensiert, so dass der gesamte Produktionsaufwand im Rahmen des Budgets liegt.

Die Position «Produktion Mailing» beinhaltet 2012 die Kosten für ein Mailing an die SP Frauen und an die EmpfängerInnen von links und socialistes.ch. Letzteres war im Budget nicht berücksichtigt. Während die Spendeneinnahmen aufgrund des Mailing SP Frauen die Kosten deckten, resultierte mit dem Mailing an die Publikationsempfänger und -empfängerinnen ein Nettoertrag von rund 22 000 Franken. Unter der Produktion Mailing sind zudem die Aufwendungen für E-Newsletter zu aktuellen politischen Themen und im Rahmen von Abstimmungskampagnen enthalten.

Die Produktionskosten für neue Fundraisingprojekte liegen ebenfalls unter Budget, da weniger E-Newsletter im Rahmen des Fundraising verschickt wurden als geplant.

7. Personalaufwand

In der Lohnsumme von 2.531 Millionen Franken sind sämtliche Löhne enthalten, welche durch Partei und Fraktion ausbezahlt werden. Unter Berücksichtigung der Sozialversicherungsbeiträge, der eingemommenen Entschädigungen/Taggelder der EO und der Krankentaggeldversicherung sowie der Personalverrechnungen (Fraktionsmitarbeitende, Kampagnenteam Juso und Mitarbeitende Trägerverein Volksinitiative öffentliche Krankenkasse) liegt der Personalaufwand mit 2.039 Millionen leicht unter dem Budget von 2.071 Millionen Franken.

Die übrigen Honorare Dritter sind mit rund 126 000 etwa 110 000 Franken tiefer als budgetiert. Minderaufwendungen ergaben sich bei den Publikati-

onen links und socialistes.ch sowie im Bereich der 10 Reformprojekte, welche nicht wie im Budget vorgesehen realisiert wurden.

Die Honorare für Übersetzungen liegen im Gegenzug mit 127 000 Franken rund 46 000 Franken über dem Budget. Hauptgrund dafür ist das Migrationpapier, welches insbesondere auch hinsichtlich des Parteitags in Lugano ins Französische und Italienische übersetzt worden ist. Zusätzliche Übersetzungen ins Italienische und eine dritte ausserordentliche Delegiertenversammlung Anfang Dezember 2012 führten ebenfalls zu Mehraufwendungen.

8. Übriger Personalaufwand

In der Summe liegt der übrige Personalaufwand praktisch auf der Höhe des Budgets. Mehraufwendungen in der Personalbeschaffung wurden durch Minderaufwendungen bei Aus- und Weiterbildung kompensiert.

9. Raumaufwand

Die Kosten für die Miete auswärtiger Räumlichkeiten sind in praktisch allen Kostenstellen tiefer als budgetiert. Mehraufwendungen gegenüber dem Budget ergaben sich insbesondere beim Parteitag in Lugano. Diese wurden durch die Minderaufwendungen mehr als kompensiert, so dass der Gesamtaufwand tiefer ausfällt als budgetiert.

10. Unterhalt, Reparaturen, Leasing

Mehrkosten ergaben sich insbesondere beim Parteitag in Lugano und durch die dritte ausserordentliche Delegiertenversammlung Anfang Dezember 2012. Der Unterhalt und die Reparaturen von Büromobiliar und -maschinen fiel zudem höher aus als budgetiert.

11. Verwaltungsaufwand

Mit rund 326 000 Franken fielen die Verwaltungskosten 2012 etwa 100 000 Franken tiefer aus als budgetiert. Die Hauptgründe dafür sind Minderaufwendungen bei Drucksachen im Zusammenhang mit den 10 Reformprojekten, welche nicht im budgetierten Rahmen realisiert wurden, und die Verzögerung bei der Erarbeitung eines Legate-Ratgebers. Vorgesehene Aufwendungen bezüglich des Internetauftritts der SP Frauen fielen ebenfalls nicht an.

12. Informatikaufwand

Der Informatikaufwand liegt rund 7 000 Franken unter dem Budget. Minderaufwendungen ergaben sich insbesondere bei Lizenzen wo u.a. weniger Wechsel auf Office 2010 erfolgten als vorgesehen.

13. Werbeaufwand

2012 wurde keine Abstimmungskampagne mit Plakateaushang und Inseraten geführt.

14. Übriger Parteiaufwand

Die Budgetüberschreitung ist insbesondere durch die Aufwendungen in der Position Organisationen begründet. Beiträge an Organisationen enthalten im Wesentlichen Unterstützungsbeiträge an Komitees und Trägervereine für Kampagnen, Initiativen und Referenden. Ebenfalls unter dieser Position sind die Beiträge an die Kantonalparteien aus dem Fundraising geführt. Ein jährlicher Beitrag sowie ein Anteil aus einem Fundraising-Mailing zur Spekulationsstopp-Initiative an die Juso ist ebenso unter dieser Position enthalten.

Die Position «Übriger Veranstaltungsaufwand» fällt tiefer aus als budgetiert, da Apéros an den Delegiertenversammlungen und das Bankett am Parteitag direkt durch Dritte getragen wurden. Im Gegenzug entfielen die im Budget berücksichtigten Beiträge dafür (siehe Bemerkung übriger Ertrag).

Zur Position «Übriger Parteiaufwand» gehören auch die Auslandsreisen. 2012 hat die SP Schweiz gemeinsam mit der Fraktion rund 30 Delegierte an internationale Treffen in Europa, Nord- und Südafrika sowie Mittelamerika entsandt. Namentlich zu erwähnen ist der Kongress der Sozialistischen Internationale (SI), die Vorbereitungstreffen des SI-Rates in Costa Rica sowie die Treffen der Reformgruppe in Marakesch, Berlin und Brüssel. Nach dem Scheitern der SI-Reform konzentrierte sich die SP Schweiz auf den Aufbau der Progressiven Allianz und wirkte mit zwei Delegierten an deren Konferenz in Rom mit. Ferner war die SP Schweiz am Kongress der SP Europa (SPE), dem Treffen der Parteipräsidenten sowie der GeneralsekretärInnen vertreten, nahm an den SPE-Vorstandssitzungen teil und entsandte Delegierte in die SPE-Netzwerke. Zu erwähnen sind daneben die SPE-Treffen in Tunis und Brüssel, um konkrete Solidaritätsaktionen mit Trägern des arabischen Frühlings aufzubauen und die gemeinsame politische Basis zu stärken. Delegierte der SP Schweiz nahmen zudem an Kongressen der PSOE in Madrid, der SPÖ in St. Pölten und der Demokratische Partei Ser-

biens in Belgard teil. Die SP Schweiz empfing Delegierte der SPD, SPÖ, des tunesischen Arabischen Frühlings und der Malta Labour Party zu Veranstaltungen in Bern und Basel.

Zu erwähnen ist ferner die Reise zu einem mehrtägigen Europaseminar in Brüssel, an dem rund 20 Fraktionsmitglieder teilnahmen.

15. Bildung Rückstellungen

Für die Wahlen 2015 konnte eine Rückstellung von 130 000 Franken gebildet werden. Die Rückstellung für neue Fundraising-Projekte wurde um rund 89 000 Franken erhöht.

16. Abschreibungen

Aufgrund tieferer Investitionen sind die Abschreibungen ebenfalls weniger hoch als geplant.

in CHF	Maschinen und Mobiliar	EDV-Anlagen (inkl. Admo)	Internet	Werbe- material
Investitionen 31.12.2011	58'417	852'092	53'475	11'426
Veränderung 2012	18'078	22'892	3'321	0
Investitionen 31.12.2012	76'495	874'984	56'796	11'426
Wertberichtigungen 31.12.2011	54'417	812'092	42'475	11'426
Veränderung 2012	11'078	31'892	7'321	0
Wertberichtigungen 31.12.2012	65'495	843'984	49'796	11'426
Buchwert 31.12.2012	11'000	31'000	7'000	0

17. Ausserordentlicher Erfolg

Der positive Saldo von ausserordentlichen Erträgen und Aufwänden ist insbesondere begründet durch die Rückzahlung von SmartIT für ein Dienstleistungsabonnement im Vorjahr, welches nicht ausgeschöpft wurde, und die CO2-Rückerstattung über die Ausgleichskasse.

Kostenstellenrechnung

In der Kostenstellenrechnung werden die Zentralen Dienste als Vorkostenstelle geführt und im Verhältnis der Lohnkosten auf die Hauptkostenstellen umgelegt. Diese Kosten sind anteilmässig in den Hauptkostenstellen unter der Position Personal- und Anteil GK enthalten.

Die Zentralen Dienste beinhalten die Lohnkosten für die Mitarbeitenden der Abteilung Administration, den Informatikverantwortlichen sowie das Reinigungspersonal. Im weiteren werden Miete, Unterhalt und Reparaturen von Mobiliar und Maschinen, allgemeiner Verwaltungsaufwand wie Fotokopier-, Telefonkosten und Porti, der Informatikaufwand sowie die Abschreibungen über die Zentralen Dienste verbucht.

Gegenüber dem Budget fielen sowohl die Personal- als auch der Sachaufwand «Zentrale Dienste» geringer aus. Mit rund 419 000 Franken lagen die Personalkosten rund 32 000 Franken unter dem Budget. Die Abweichung ergab sich insbesondere im übrigen Personalaufwand, wo die Kosten Personalbeschaffung und Aus-/Weiterbildung in der Rechnung den verursachenden Kostenstellen belastet wurden. Beim Sachaufwand lagen die effektiven Aufwendungen mit rund 489 000 Franken rund 192 000 Franken unter dem Budget. Minderaufwendungen gegenüber dem Budget ergaben sich insbesondere in den Positionen Porti, welche wo möglich auf den verursachenden Kostenstellen verbucht wurden, Drucksachen sowie Informatikaufwand und Telefonie. Die Rückstellungen Wahlen 2015 waren im Budget unter den Zentralen Diensten aufgeführt. In der Rechnung sind diese in der Kostenstelle Wahlen 2015 unter Kampagnen und Kommunikation verbucht. Durch weniger Investitionen als budgetiert, fielen auch die Abschreibungen erheblich tiefer aus.

Die Minderaufwendungen der Zentralen Dienste haben eine tiefere Umlage auf die Hauptkostenstellen zur Folge.

18. Partei

Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen, Solidaritätsbeiträgen, Mitgliederspenden, Spenden, welche nicht durch Fundraisingaktivitäten generiert werden, sowie Personalkosten Zentralsekretariat und Präsidium, werden dieser Kostenstelle zugewiesen. Unter dem Sachaufwand werden die Parteiaktivitäten, Spesenentschädigungen an die leitenden Organe, Beiträge an internationale Organisationen sowie Beiträge an Delegationen im und aus dem Ausland verbucht.

Der Nettoertrag der Kostenstellen Partei liegt mit rund 1 102 000 Franken rund 180 000 Franken über dem Budget. Minderaufwendungen gab es insbesondere in der Kostenstelle Personal- und anteilige Gemeinkosten aufgrund der Vakanz im Generalsekretariat. Die anteilmässige Belastung der Gemeinkosten Zentrale Dienste fiel zudem tiefer aus aufgrund der all-

gemein tieferen Aufwendungen in den Zentralen Diensten und durch den kleineren Anteil der Lohnkosten Partei an den gesamten Lohnkosten. Mehraufwand gegenüber dem Budget ergab sich beim Parteitag aufgrund des Austragungsorts Lugano sowie durch die zusätzliche ausserordentliche Delegiertenversammlung von Anfang Dezember 2012. Die Erarbeitung des Migrationspapiers war zudem im Budget nicht vorgesehen. Im Weiteren wurden Reformprojekte nicht wie budgetiert realisiert.

19. Bildung

Aufgrund der zusätzlichen ausserordentlichen Delegiertenversammlung fanden vier Koordinationskonferenzen statt, anstelle der drei im Budget vorgesehenen. 2012 fanden sechs Anlässe im Rahmen des Bildungsprogramms «Junge Perspektiven» (Nachwuchsförderung) statt. Das Budget wurde unterschritten, weil einige Anlässe weniger gekostet haben als budgetiert. Die Bildungsanlässe im Rahmen der Reformprojekte wurden nicht wie vorgesehen realisiert, weshalb die effektiven Aufwendungen unter dem Budget liegen.

20. 60+

Durch die zeitliche Verzögerung des Beschlusses, das Organ SP60+ zu gründen, entstanden 2012 weniger Aufwendungen als budgetiert.

21. JUSO

Die SP Schweiz finanziert die Personalkosten der Zentralsekretärin (70% Stelle), die Lohnkosten des Präsidenten der JUSO Schweiz (pauschale Entschädigung), einen Beitrag an Reisespesen sowie die Infrastrukturkosten. Der Sachaufwand wird durch die JUSO selber finanziert. Der JUSO Schweiz wurde 2012 zudem ein allgemeiner Kampagnenbeitrag von 20 000 Franken ausgerichtet sowie ein Beitrag in derselben Höhe aus dem Fundraising-Mailing zur Spekulationsstopp-Initiative. Das Kampateam der Spekulationsstopp-Initiative, deren Personalkosten die JUSO tragen, führte zu einem höheren Anteil an den Gemeinkosten in der Kostenstelle JUSO.

22. SP Frauen

Die SP Schweiz finanziert die Personalkosten der Zentralsekretärin der SP Frauen, die Infrastrukturkosten sowie den Sachaufwand. Seit 1. September 2012 wird zudem – vorerst befristet – eine zusätzliche 30%-Stelle einer Projektleiterin Campaigning finanziert. Durch diesen Ausbau der Arbeitspensen bei den SP Frauen fielen die Personalkosten und die anteiligen Ge-

meinkosten höher aus als budgetiert. Ein Nettoertrag in der Kostenstelle Mailing (Mailing von Anfang 2012 sowie Beiträge der Direktmitgliedschaft SP Frauen) und Minderaufwendungen im Bereich der Kampagnen konnten die Mehraufwendungen bei Personal-/Gemeinkosten mehr als kompensieren.

23. Publikationen

Insbesondere Minderaufwendungen im Personalaufwand und damit auch in der Gemeinkostenbelastung sowie ein Nettoergebnis von rund 23 000 Franken aus dem Mailing an die EmpfängerInnen von links und socialistes.ch führte zu tieferen Gesamtkosten als budgetiert.

24. Kampagnen und Kommunikation

Das Nachwahljahr war geprägt durch den Abschluss der Unterschriftensammlung und die Einreichung der Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse. Zudem war die SP Schweiz mit der Unterschriftensammlung für eine nationale Erbschaftssteuereinitiative beschäftigt. Anlässlich der Abstimmungstermine im 2012 wurden keine Plakat- oder Inseratekampagnen geführt. An zwei Abstimmungsterminen wurden jedoch Abstimmungszeitungen produziert und über die Kantonalparteien und Sektionen verteilt.

Im Kampagnenaufwand ist eine Rückstellung von 130 000 Franken zugunsten der Wahlen 2015 enthalten.

25. Fundraising

Das Fundraising-Ergebnis wird netto ausgewiesen. Dies führt zu einer besseren Übersichtlichkeit und Einschätzung der tatsächlichen finanziellen Situation. Vor Auflösung von Rückstellungen zur Deckung des Defizits der Mailings an Fremdadressen beträgt das Nettoergebnis 955 000 Franken und liegt damit rund 360 000 Franken unter dem Budget. Da die übrigen Positionen im Fundraising in etwa dem Budget entsprechen, weist auch die Summe der Kostenstellen Fundraising ein Nettoergebnis von rund 360 000 Franken unter dem Budget aus.

Zur Begründung dieser Abweichung wird auf die Ausführungen unter Punkt 2 Finanzbeschaffung verwiesen.

Die Entwicklung der Fundraising-Einnahmen wird laufend überwacht. Einerseits sollen mit Kosteneinsparungen bei der Produktion der monatlichen Mailings und dem gezielteren Anschreiben der potentiellen SpenderInnen

eine Verbesserung des Ergebnisses erreicht werden. Im Weiteren wird insbesondere das Ergebnis aus der Investition in Fremdadressen der einzelnen Mailings überwacht, so dass kurzfristig Massnahmen in diesem Bereich eingeleitet werden können.

26. Ergebnis Shop

Der Shop verkauft die Artikel zum Einstandspreis an Kantonalparteien, Sektionen und Mitglieder. Damit übernimmt er eine interne Dienstleistungsfunktion und ist nicht mehr gewinnorientiert. Das Warenlager ist per Ende Berichtsjahr zum Einstandspreis bewertet.

**Bericht der Revisionsstelle
an die Delegiertenversammlung der
Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP Schweiz), Bern**

Auftragsgemäss haben wir eine Review der Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) der SP Schweiz für das am 31. Dezember 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr vorgenommen.

Bei der geprüften Jahresrechnung der SP Schweiz handelt es sich um eine konsolidierte Darstellung, in der auch die SP-Shop Genossenschaft und der Verein SP-Info enthalten sind.

Für die Jahresrechnung ist die Geschäftsleitung verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, aufgrund unserer Review einen Bericht über die Jahresrechnung abzugeben.

Unsere Review erfolgte nach dem Schweizer Prüfungsstandard 910. Danach ist eine Review so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden, wenn auch nicht mit derselben Sicherheit wie bei einer Prüfung. Eine Review besteht hauptsächlich aus der Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie analytischen Prüfungshandlungen in Bezug auf die der Jahresrechnung zugrunde liegenden Daten. Wir haben eine Review, nicht aber eine Prüfung, durchgeführt und geben aus diesem Grund kein Prüfungsurteil ab.

Bei unserer Review sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entspricht.

BERO Treuhand AG



Roland Laube
Wirtschaftsprüfer

Gelterkinden, 4. April 2013

Verabschiedung Jahresrechnung 2012

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt der Delegiertenversammlung, die Jahresrechnung 2012 zu genehmigen.

Wahl der Revisionsstelle

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt der Delegiertenversammlung, Roland Laube, BERO Treuhand AG, für die Jahre 2013 und 2014 als Revisor zu wählen.

Traktandum 7: Präsentation und Verabschiedung Resolution «Programm für mehr soziale Gerechtigkeit» der Geschäftsleitung

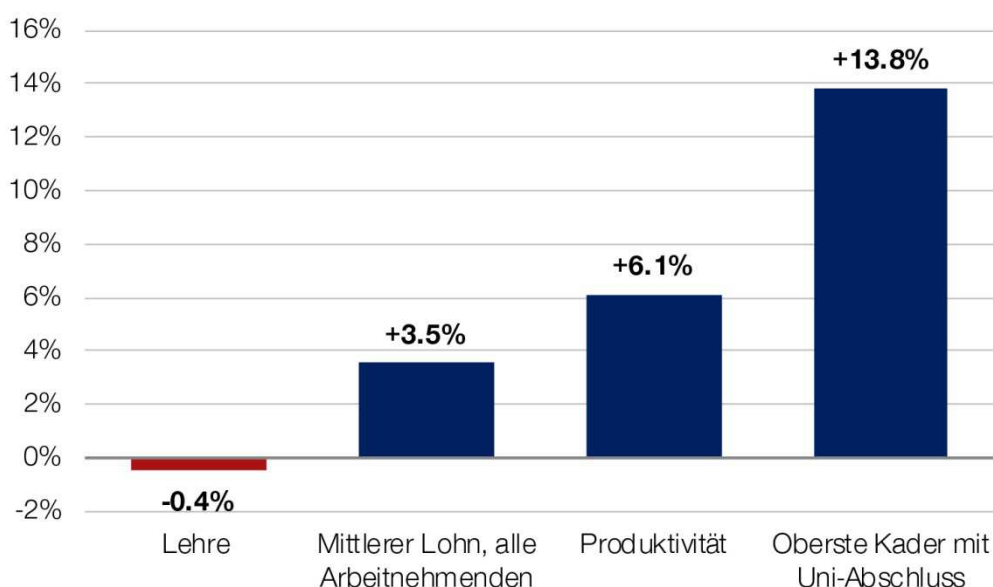
Eine gerechtere Schweiz ist möglich – und nötig. Was vor wenigen Jahren noch vielerorts Kopfschütteln und/oder ein müdes Lächeln auslöste, dringt heute immer stärker ins öffentliche Bewusstsein. Das herrschende neoliberale Projekt der «freien Märkte» und der Umverteilung von unten nach oben hat weltweit riesige gesellschaftliche und ökologische Flurschäden hinterlassen.

Wenn die Bürgerlichen davor warnen, das von ihnen oft bemühte «Erfolgsmodell Schweiz» werde durch gerechte Regeln des Zusammenlebens gefährdet, ist das nicht nur kreuzfalsch und skrupellos, es wirkt auch zunehmend hilflos.

Lohnrückgang bei Arbeitnehmenden mit Lehre

Die letzten Jahre waren auch in der Schweiz geprägt von einer wachsenden Ungleichheit. Die Zunahme der Gehälter der oberen Kader zwischen 2002 und 2010 liegt mit fast 14% weit über der Zunahme der Arbeitsproduktivität von 6%. Eine grosse Mehrheit, nämlich die Arbeitnehmenden im mittleren und tiefen Lohnsegment, sind die Verlierer, weil sie von dieser positiven Entwicklung ausgeschlossen sind. Rund 450 000 Personen (12% aller Arbeitnehmenden) verdienen weniger als 4000 Franken pro Monat. Rund 140 000 Personen mit Lehrabschluss, also ein Drittel davon, haben zwischen 2002 und 2010 sogar einen Reallohnrückgang hinnehmen müssen. Das ist eine unhaltbare Entwicklung, die wir nicht akzeptieren dürfen.

Wachstum des teuerungsbedingten Bruttolohns verschiedener Arbeitnehmender sowie Produktivitätswachstum zwischen 2002 und 2010.

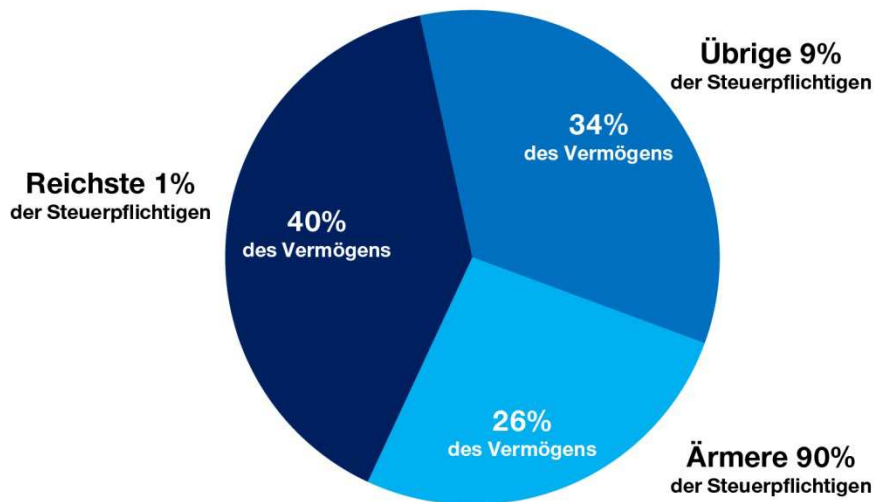


Quelle: Lohnstrukturerhebung BFS und Berechnungen SGB

Der Kuchen ist ungleich verteilt

Genauso wenig kümmert sich die bürgerliche Mehrheit darum, dass in den letzten Jahren die real verfügbaren Einkommen noch unsozialer ausfielen als die Löhne. Grund dafür sind einerseits massive Steuersenkungen zugunsten hoher Einkommen und insbesondere für Vermögenserträge, andererseits steigende Gebühren, Krankenkassenprämien etc., die den finanziellen Spielraum der Haushalte mit kleinen Einkommen drastisch eingeengt haben.

Auch die Verteilung der Vermögen zeigt, dass wir in der reichen Schweiz ein massives Problem haben. Die Verteilung des privaten steuerbaren Reinvermögens aus dem Jahr 2009 zeigt ein krasses Bild: Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 40% aller steuerbaren Vermögen und damit mehr als 90% der ärmeren Steuerpflichtigen zusammen.



Quelle: SGB 2013

Diese Entwicklung hat sich seit den 1990er-Jahren drastisch verschlechtert. Bezüglich der Vermögensverteilung steht die Schweiz heute nur knapp hinter den USA an zweiter Stelle der Länder mit der ungleichmässigsten Verteilung der Welt¹.

Die SP hat sich nie darauf beschränkt, Fehlentwicklungen in der Gesellschaft wie die wachsende Ungleichheit und ihre Folgen anzuprangern und zu verurteilen. Wir haben immer auch Lösungen angeboten und durchgesetzt. Die Erfolge unserer 125-jährigen Parteigeschichte bestätigen, dass eine gerechtere Zukunft möglich ist und sich der Kampf dafür lohnt. Exemplarisch für den Kampf der SP für eine gerechtere und sozialere Gesellschaft und einen starken Sozialstaat sind die Einführung der AHV, des Frauenstimmrechts oder der Mutterschaftsversicherung. Eine gerechtere Einkommensverteilung, eine gerechtere Vermögensverteilung, kurz: eine gerechtere Gesellschaft, welche den Menschen und die Gemeinschaft ins Zentrum stellt, kommt nicht von alleine. Es braucht Ausdauer, Überzeugung, Mut – und die richtigen Antworten.

Die für die SP zentrale Botschaft lautet: In Gesellschaften mit weniger Ungleichheit leben nicht nur die Ärmsten besser, mehr Gleichheit kommt der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zugute! Das Wohlergehen von Menschen als sozialen Wesen wird, vorausgesetzt, ihre Grundbedürfnisse sind befriedigt, massgeblich durch den Vergleich mit anderen Menschen in der Gemeinschaft bestimmt. Es braucht deshalb mehr Gleichheit und

¹ Vgl. Credit Suisse, Global Wealth Databook (2011)

Chancengerechtigkeit, denn dies sind die Voraussetzungen für ein würdiges und eigenverantwortliches Leben.

1. 1:12: für gerechte Löhne und gegen Abzocker

Das Fundament für den Wohlstand in unserem Land wurde weit vor dem neoliberalen Umbau, der ab den 1990er-Jahren eingesetzt hat, gelegt. Noch heute zehren die Menschen in der Schweiz von den sozialen Errungenschaften aus der Zeit, als die Lohnspanne noch nicht bei durchschnittlich 1:93 resp. 1:236 wie bei Roche, 1:227 bei ABB oder 1:148 bei Lindt & Sprüngli lag. Das neoliberale Projekt der «freien Märkte» hat perverse Fehlentwicklungen hervorgebracht, welche den sozialen Frieden, die Natur und die Lebensqualität der Menschen gefährden. Wenn also heute über eine maximale Lohnspanne von 1:12 innerhalb eines Unternehmens debattiert wird, geht es um Respekt, Gerechtigkeit, Anstand und um die Wiedereinführung der verloren gegangenen Tugend aus der vorneoliberalen Zeit. Ein Ja zur 1:12-Initiative am 24. November ist also nicht nur ein Ja für gerechte Löhne und ein Stoppsignal für perverse Managergehälter, sondern auch ein Zeichen für ökologische Nachhaltigkeit und mehr sozialen Frieden in unserer Gesellschaft.

2. Mindestlohninitiative – faire Löhne für gute Arbeit

Mehr als 400 000 Menschen verdienen weniger als 4000 Franken im Monat. Sie tragen mit ihrer Arbeit dazu bei, dass der Kuchen immer grösser wird. Was sie am Ende davon erhalten, hat nichts mit Gerechtigkeit, Verhältnismässigkeit oder Anstand zu tun: Sozial ist nämlich nicht, was Arbeit schafft, sondern sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann. Deshalb sollen alle Frauen und Männer, die in der Schweiz arbeiten, das Recht auf einen anständigen Lohn haben. Das verlangt die Volksinitiative «für den Schutz fairer Löhne», welche von der SP mitlanciert wurde und voraussichtlich 2014 dem Volk vorgelegt wird. Die Initiative schreibt einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde vor – das entspricht rund 4000 Franken im Monat. Faire Löhne auch in den untersten Lohnsegmenten sind eine wichtige Voraussetzung für Verteilungsgerechtigkeit für alle.

3. Abschaffung der Pauschalbesteuerung – keine Steuerprivilegien für reiche Ausländerinnen und Ausländer

Über 5000 ausländische Millionärinnen und Millionäre profitieren in der Schweiz von einem ungerechten und verfassungswidrigen Privileg: Sie versteuern nicht ihr effektives Einkommen und Vermögen, sondern

handeln mit den Behörden einen Pauschalbetrag aus, der sich nach dem fünf- und neu dem siebenfachen Mietwert ihrer Wohnung richtet, sofern sie in der Schweiz nicht erwerbstätig sind. Dank diesem Lockvogel-Angebot verlegen globale Steueroptimierer ihren Wohnsitz in die Schweiz – zum Nachteil der ansässigen Bevölkerung und zum Nachteil der Länder, denen das Steuersubstrat entzogen wird. Diese Entwicklung verursacht nämlich Boden- und Immobilienpreise in Fantasihöhen, welche sich Einheimische schnell nicht mehr leisten können, und schwächt insgesamt den Service public für alle. Wir kennen in der Schweiz den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Pauschalsteuer verletzt diesen Grundsatz und ist höchst ungerecht. Die Geprellten sind die Steuerzahlenden in der Schweiz. Bereits haben einige Kantone (ZH, SH, AR, BS, BL) reagiert und die ungerechte Pauschalbesteuerung abgeschafft. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass alle Menschen in der Schweiz nach den gleichen Spielregeln besteuert werden. Ausnahmen für Privilegierte können wir nicht tolerieren und deshalb hat die SP zusammen mit linken Organisationen im Oktober 2012 die Initiative «Schluss mit Steuerprivilegien für Multimillionäre» eingereicht.

4. Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer

Die SP setzt sich seit jeher für Chancengerechtigkeit ein. Alle Menschen sollen die gleichen Start- und Entfaltungsmöglichkeiten haben, um sich gemäss ihren Leistungen, Fähigkeiten und Vorlieben frei zu entfalten. In der Schweiz ist das Vermögen höchst ungleich verteilt und solange Erbschaften selbst in Milliardenhöhe steuerfrei an die Erben weitergegeben werden können, wird diese Ungleichheit und damit auch der Startvorsprung einiger Privilegierter immer grösser. Das ist unfair und begünstigt die unerwünschte Konzentration der Vermögen und damit Macht in der Hand einiger weniger (siehe Grafik II.). Der ehemalige Chefstatistiker des Kantons Zürich, Hans Kissling, warnt deshalb vor einer Feudalisierung der Schweiz. Die Erbschaftssteuer ist eine gerechte Steuer, die dem entgegenwirkt. Sie ist nötig, ausgewogen und moderat. Zwei Drittel der Erträge sollen zu Gunsten der AHV gehen. Damit wird es künftig nicht nötig sein, die Lohnnebenkosten zu erhöhen, um die AHV zu sichern und einen Ausbau zu finanzieren. Die Initiative für eine nationale Erbschaftssteuer, welche im Februar 2013 eingereicht wurde und voraussichtlich 2014 zur Abstimmung gelangt, kann in bescheidenem Masse die extremen Vermögens- und Verteilungsverhältnisse in der Schweiz korrigieren und einen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit und eine sichere Altersvorsorge leisten.

5. Würdiges Leben im Alter – Ja zu einer angemessenen Erhöhung der AHV-Renten

Dank der ersten und zweiten Säule (AHV und BVG) sollen AHV-Rentnerinnen und -Rentner ihre gewohnte Lebenshaltung nach der Pensionierung in angemessener Weise fortsetzen können. So steht es in der Bundesverfassung. Menschen mit einem niedrigen, aber auch mit einem mittleren Einkommen schaffen dies leider nicht und müssen sich einschränken – manchmal sogar in drastischem Ausmass. Denn im Gegensatz zum verfassungsmässigen Auftrag decken die derzeitigen AHV-Renten nicht einmal das Existenzminimum. Zahlreiche Rentnerinnen- und Rentner-Haushalte sehen sich mit grösseren Geldproblemen konfrontiert und riskieren in die Armut abzugleiten. Die AHV-Renten zu erhöhen, ist deshalb ein unbedingt notwendiges Volksbegehren. Die Altersrenten sind heute zu tief und müssen um 10% erhöht werden, wie dies die Initiative «AHV plus» fordert, welche die SP mitlanciert hat und für die zurzeit Unterschriften gesammelt werden.

Schritt für Schritt kämpft die SP für mehr soziale Gerechtigkeit und die Punkte in diesem Programm sind real, sie sind auf dem Tisch und können einen Beitrag leisten. Die SP jedoch hört hier nicht auf zu denken. Damit die Menschen nicht für die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft für die Menschen da ist, braucht es eine weiter gehende Demokratisierung der Wirtschaft. Es braucht eine Wirtschaft, die auf das Gemeinwohl, auf Nachhaltigkeit, Kooperation und Fairness ausgerichtet ist. Erst durch die Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums können die Handlungsspielräume für eine solche sozial und ökologisch nachhaltige Zukunft geschaffen werden. Für die SP Schweiz ist es deshalb auch selbstverständlich, sich zukünftig noch stärker damit zu befassen, wie solche Spielräume zu nutzen sind. Für uns ist klar, dass über Verteilungsgerechtigkeit hinaus gedacht werden muss. Eine gerechtere Schweiz ist nötig – und möglich.

Traktandum 11: Parolenfassung für die eidg. Abstimmungen vom 22. September 2013

I. Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»

Das heutige Massenheer, das auf einer «levée en masse» beruht, hat sich überlebt. Die aktuelle Armee ist mit einem Effektivbestand von 154 376 aktiven Soldaten per 1. März 2012 (bei einem Sollbestand von 115 289) grotesk überdimensioniert und aus diesem Grund auch viel zu teuer. Wird die militärische Bereitschaft auf die tatsächlichen Risiken ausgerichtet, erfordert dies die deutliche Senkung der Bestände. Die Zwangsverpflichtung aller Schweizer Männer über die Wehrpflicht führt der Armee unvermeidlich viel zu viele Soldaten zu. Die SP Schweiz empfiehlt aus folgenden Gründen die Annahme der Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»:

- 1. Die Wehrpflicht führt automatisch zum Massenheer und lässt die Kosten explodieren:** 2012 waren rund 35 000 männliche Schweizer Bürger stellungspflichtig, 2032 werden es immer noch 30 000 sein. Gilt die Wehrpflicht für 20 bis 30 Jährige, d. h. für zehn Jahrgänge, so führt die Wehrpflicht der Armee heute 350 000 Soldaten zu und morgen immer noch 300 000. Das sind massiv zu viel. Je mehr Soldaten eine Armee hat, desto teurer wird sie. Die Anzahl Soldaten gehört zu den wichtigsten Kostentreibern. Besonders hohe Kosten verursacht die Ausbildung. Die Schweiz bildet aber nahezu gleich viele Soldaten aus wie Deutschland oder Frankreich mit einer acht bis zehn Mal grösseren Bevölkerung.
- 2. Die aktuelle Wehrpflicht widerspricht dem verfassungsmässigen Gleichstellungsgebot der Geschlechter.** Die Zwangsverpflichtung allein der Schweizer Männer passt nicht mehr in die heutige Zeit. Sie benachteiligt die Schweizer Männer in der Familie und am Arbeitsmarkt – sowohl gegenüber Schweizer Frauen als auch gegenüber Ausländerinnen und Ausländern.
- 3. Eine allgemeine Dienstpflicht würde all diese Probleme nur verschärfen:** Würden alle Frauen und alle in der Schweiz wohnhaften Ausländer auch noch dienstpflichtig erklärt – pro Jahrgang also zwischen 80 000 und 100 000 Personen! – so würde dies das Problem des viel zu grossen Massenheeres nochmals verschärfen und am Arbeitsmarkt vorab die untersten

Löhne unter Druck setzen. Die allgemeine Dienstpflicht wäre auch völkerrechtswidrig. Der Staat darf das Zwangsarbeitsverbot nur in höchster Gefahr missachten. Diese ist nicht in Sicht.

4. **Die Wehrpflicht ist missbrauchs anfällig:** Weil viel zu viele Wehrpflichtige zur Verfügung stehen und diese oft nicht wissen, was sie machen sollen, werden sie für irgendwelche Aufgaben der Kantone, Gemeinden oder gar der Sportverbände eingesetzt – und zwar auf Kosten der Erwerbsersatzordnung, einer lohnprozentfinanzierten Sozialversicherung, dies nachgewiesenermassen immer wieder missbräuchlich!
5. **Die Freiwilligenmiliz ist eine taugliche Alternative.** Auch die SP will keine reine Berufsarmee. Deshalb lässt die Initiative Artikel 58 der Bundesverfassung unberührt. Dieser hält fest, dass die Schweizer Armee grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert ist, also kein stehendes Heer unterhält. Viele Staaten haben ihre Armeen erfolgreich zumindest teilweise nach dem Prinzip der Freiwilligenmiliz organisiert: Alle üben einen zivilen Beruf aus; wer will und geeignet ist, lässt sich zusätzlich gegen Entlohnung militärisch ausbilden und leistet bei Bedarf einen Einsatz.
6. **Eine Freiwilligenarmee ermöglicht eine bessere Altersdurchmischung:** Um die wehrpflichtbedingte Aufblähung der Bestände etwas zu mildern, entlässt die Schweizer Armee die Soldaten immer früher aus der Wehrpflicht. Das ist äusserst kostspielig, weil es ineffizient ist, ganz viele auszubilden und dann gleich wieder zu entlassen. Auch führt dies zu einer Armee aus lauter Jünglingen. Eine Freiwilligenmiliz ergäbe eine viel bessere Altersdurchmischung.
7. **Das Aufrechterhalten der Wehrpflicht verletzt die verfassungsmässige Rechtsgleichheit:** Die Rechtsgleichheit wird auch verletzt, indem es äusserst einfach ist, sich aus so genannt medizinischen Gründen der Wehrpflicht zu entziehen. Heute leisten weniger als 50% der Stellungspflichtigen den ganzen Militärdienst. Die beschlossene Verkleinerung der Armee wird dieses Problem verschärfen.
8. **Militärpolitisch falsch:** Sicherheitspolitisch lässt sich die Aufrechterhaltung eines Massenheeres heute nicht mehr begründen. Kein anderes Land in Europa leistet sich gemessen an der Grösse des Territoriums und der Bevölkerungszahl eine derartig grosse Armee wie die Schweiz. Hinzu kommt, dass das

künstliche Aufrechterhalten der hohen Armeebestände die wichtigste Ursache für die zahlreichen Mängel der aktuellen Armee darstellt.

9. **Die allgemeine Wehrpflicht ist volkswirtschaftlich teuer:** Die Schweizer Armee ist weit teurer, als die Staatsrechnung ausweist. Die Wehrpflicht verursacht allein bei der Erwerbsersatzordnung pro Jahr fast eine Milliarde zusätzliche Kosten. Da die Wirtschaft kaum mehr an den spezifischen Fähigkeiten interessiert ist, die im Laufe einer militärischen Karriere erworben werden, wird diese auch nur mehr als Kostenfaktor und nicht als Gewinn bilanziert. Zudem bedingt das heutige Massenheer mit all den Waffenplätzen einen enormen Landverschleiss.
10. **Keine moralische Legitimation mehr:** Die Wehrpflicht greift als staatlich angeordnete Zwangsleistung sehr stark in die Freiheit der Bürger ein. Sie lässt sich nur rechtfertigen, wenn auf diesem Weg höchste Gefahr abgewendet werden kann. Dies ist heute nicht der Fall.
11. **In ganz Europa gilt die Wehrpflicht als überholt:** In ganz Europa ist die Wehrpflicht ein Auslaufmodell. Nachdem auch Deutschland und Schweden die Wehrpflicht sistiert haben, gibt es in Europa kaum noch Wehrpflichtarmeen. Auch in der Schweiz dürfen Tradition und Folklore nicht mehr Gewicht haben als die erwähnten militär-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Überlegungen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt die eidgenössische Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» zur Annahme und damit die Ja-Parole.

II. Referendum «Nein zum 24-Stunden-Arbeitstag»/ Liberalisierung der Öffnungszeiten bei Tankstellenshops

Nationalrat Christian Lüscher hat am 12. Juni 2009 eine Parlamentarische Initiative eingereicht, die darauf abzielt, dass die Öffnungszeiten in Tankstellenshops bei Autobahnraststätten und an Hauptverkehrsstrassen liberalisiert werden. Im Parlament haben sich die bürgerlichen Parteien in dieser sehr zentralen Frage des Arbeitnehmerschutzes trotz aller vorgebrachten Bedenken gegen Nacht- und Sonntagsarbeit durchgesetzt. In der Schlussabstimmung vom 14. Dezember 2012 wurde die entsprechende Gesetzänderung im Nationalrat mit 128 gegen 59 Stimmen und im Ständerat mit 29 gegen 11 Stimmen angenommen.

In der vorangegangenen Vernehmlassung haben sich 20 von 26 Kantonen sowie die Gewerkschaften, die Umweltverbände, die Verbände der Medizin, der Suchtprävention, der Jugend und der Kirchen gegen das Anliegen ausgesprochen. Innerhalb nur drei Monaten sammelte eine breite Allianz, der auch die SP angehört, eindrucksvolle 86'499 Unterschriften gegen die Liberalisierung der Öffnungszeiten im Detailhandel. Am 22. September 2013 können die StimmbürgerInnen entscheiden.

Zwar soll mit dieser Gesetzesänderung erst einmal «nur» die Arbeit rund um die Uhr bei den Tankstellenshops ermöglicht werden, doch bereits sind die nächsten Vorstösse hängig, die in einer Salamtaktik den Arbeitsschutz immer weiter aushöhlen wollen.

Seit längerem stehen die traditionellen Arbeitszeiten im Detailhandel speziell unter Druck. Sie sollen verlängert werden, vor allem abends und samstags. Gleichzeitig wird das Verbot von Nacht- und Sonntagsarbeit attackiert. Die entsprechenden Vorstösse peilen das Ziel an, dass die Arbeitgeber in allen Branchen bei Bedarf rund um die Uhr auf Arbeitnehmende zurückgreifen können, ohne dabei Rücksicht nehmen zu müssen auf Gesundheit und soziales Leben der Betroffenen.

Diese Attacken auf geregelte und beschränkte Arbeitszeiten sind zwar im Moment auf den Detailhandel konzentriert, weil hier sich ganz besonders leicht der Glaube vermitteln lässt, dass «die

KonsumentInnen» alles zu jeder Zeit kaufen wollten. Der Detailhandel bietet so das Einfallstor zur vollständigen Deregulierung aller Arbeitszeiten.

Doch ein solcher Schritt hätte schwerwiegende gesellschaftliche Folgen:

- Eine Ausdehnung der Arbeitszeiten betrifft vor allem die schwächsten und am schlechtesten geschützten Arbeitnehmenden in den prekärsten Situationen. Denn im Detailhandel sind GAVs selten.
- Die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Nachtarbeit sind beträchtlich. Zahlreiche Studien zeigen, dass Nachtarbeit Schlaf- und Herzrhythmusstörungen, Verdauungsprobleme und Stresssymptome verursacht und das Krebsrisiko erhöht.
- Die Sonntags- oder Nachtarbeit erschwert die Situation von Arbeitnehmenden mit familiären Pflichten enorm. Sowohl sonntags als auch nachts existieren praktisch keine Betreuungsangebote für Kinder, weder in Kitas noch bei Tageseltern. Auch die Aktivitäten, welche das Leben von Kindern gliedern, richten sich strikt nach den gewöhnlichen Arbeitstagen aus.
- Bei aller Affinität für «die Moderne» ist unsere Gesellschaft nach wie vor entsprechend den üblichen Arbeitszeiten organisiert – mit einem Ruhetag am Sonntag für die überwältigende Mehrheit der Angestellten. Der Sonntag ist der Familie gewidmet, dem Sozialleben, den Freunden, sportlichen, kulturellen oder religiösen Aktivitäten. Diese Freiräume prägen die Lebensqualität der Menschen entscheidend. Solche Begegnungen würden enorm darunter leiden, wenn ein grosser Teil der Bevölkerung nicht mehr gleichzeitig Ruhetag hätte.

Das alles sind gute Gründe den Schutz der Arbeitnehmenden nicht den Profitinteressen der involvierten Unternehmen und dem fragwürdigen Ziel einer Konsumgesellschaft mit allen Optionen rund um die Uhr unterzuordnen – und darum die Änderung des Arbeitsgesetzes abzulehnen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Der Geschäftsleitung empfiehlt die Vorlage Änderung Arbeitsgesetz/Referendum «Nein zum 24-Stunden-Arbeitstag» zur Ablehnung und somit die NEIN-Parole.

NOTIZEN

